

Es muss schneller gehen

Der Landkreis Karlsruhe will schon 2035 klimaneutral sein / Kreistag entscheidet über den neuen Zeitplan

Karlsruhe. Dem Landkreis Karlsruhe geht es nicht schnell genug. Schon 2035 will er „zeozweifrei“ sein. Ursprünglich war das Ziel erst für das Jahr 2050 angesetzt. Dieses müsse man aber ehrgeiziger fassen, sagt Landrat Christoph Schnaudigel. Denn das mit dem Pariser Klimaabkommen zugesprochene CO₂-Budget sei 2026 bereits aufgebraucht. Über den neuen Zeitplan entscheidet der Kreistag an diesem Donnerstag in Bruchsal.

„Erstmal müssen wir uns auf den politischen Willen einigen“, sagt Christoph Schnaudigel. Anschließend folge der konkrete Handlungsauftrag. „Wenn wir nichts tun, werden wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens verfehlen“, ergänzt er. Die wichtigsten Fragen zur Entscheidung beantwortet Redaktionsmitglied Janina Keller.



Fragen und Antworten

Warum beschleunigt der Landkreis Karlsruhe sein Klimakonzept?

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für ein schärferes Klimaschutzgesetz habe die Entscheidung nichts zu tun, betont Landrat Christoph Schnaudigel. Er sagt auch: „Den Klimanotstand auszurufen ist plakativ, aber dabei wird kein Gramm CO₂ eingespart.“ Bei der Gründung der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe vor zwölf Jahren habe das Klimaschutzkonzept im Vordergrund gestanden. Der Energiebedarf soll um die Hälfte reduziert werden, der Rest ohne CO₂-Emissionen aus regionalen erneuerbaren Energien entstehen. Um 15 Prozent konnte der CO₂-Ausstoß in den vergangenen zehn Jahren gesenkt werden. Doch das reiche nicht, betont Schnaudigel. Circa 22.500.000 Tonnen CO₂ habe der Landkreis als Budget erhalten, dieses sei jedoch ohne eine Veränderung in fünf Jahren aufgebraucht. „Eigentlich wissen wir, wie es geht. Jetzt müssen wir ins Tun kommen“, sagt Birgit Schwegle, Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur.



Viel Potenzial vorhanden: Der Landkreis Karlsruhe macht Solarenergie und Fotovoltaik zu einem seiner Schlüsselfaktoren, um erneuerbare Energie voranzubringen. Noch seien vielen Dächern und Flächen ungenutzt.

Wie will der Landkreis das Ziel bis 2035 erreichen?

Die Emissionen könnten um weitere 90 Prozent reduziert werden. Das bedeute einen Pro-Kopf-Ausstoß von etwa 0,7 Tonnen CO₂ im Jahr pro Bewohner, heißt es in der Vorlage zum Kreistag. Das Konzept des Landkreises basiere auf drei großen Bereichen. Im Stromsektor müsse man den Ausbau von Fotovoltaik-Anlagen vorantreiben, erläutert Schwegle. „Wir haben ein riesiges Potenzial, aber nur zwölf bis 15 Prozent der geeigneten Flächen sind belegt“, sagt die Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur. Schwerpunkt seien die Dächer, aber auch Parkplätze und Freiflächen nehme man in den Blick. Eine weitere Säule sei die Wärmeversorgung. Rund 50 Prozent

des Energiebedarfs fließe dort hinein, sagt Schwegle. Künftig soll eine Mischung aus Wärmenetzen und Einzelheizungen in einer überregionalen Strategie Ressourcen bündeln. Auch das Thema Energiesparen und Energieeffizienz müsse stärker angegangen werden. Der Fahrplan sei in den Köpfen schon konkret, so Schwegle. „Wir müssen diesen Fahrplan jetzt unterlegen mit Investitionskosten, mit der Organisation der Aufgaben und Akteuren“ resümiert sie.

Wie geht der Landkreis mit Kritikern erneuerbarer Energien um?

Erneuerbare Energie wie Tiefengeothermie oder Windkraft sind neben Solarenergie wesentliche Bestandteile des Konzeptes. Doch die Alternativen haben

nicht nur Befürworter sondern auch Kritiker. „Überzeugungsarbeit und Transparenz sind notwendig“, vermutet Landrat Schnaudigel. „Und die Erkenntnis, dass wir uns nicht einerseits freuen können, wenn E-Autos in der Stadt fahren, aber der Strom dafür nicht auch vor Ort produziert wird.“ Er bezeichnet das als zwei Seiten einer Medaille. Dennoch müsse sich der Landkreis fragen, wo es sich lohne, Konflikte auszutragen. „Wir müssen die Bürgerschaft stark und aktiv beteiligen“, ergänzt Schwegle. Nur so erhalte man die notwendige Akzeptanz.

Wie sollen Bürger einbezogen werden?

Das letzte Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2010 sei sehr wissenschaftlich gew-

sen, so Schwegle. Um die Bürger besser mitzunehmen, gibt es auf der Website des Landratsamts künftig eine Story Map: Interaktive Karten mit Daten, Fakten und Erläuterungen, erzählt wie eine Geschichte. Bürger können direkt auf ihre Kommune klicken und sich informieren. „Wir haben versucht, den Themenkomplex einfach und plausibel näherzubringen“, sagt Schwegle.

Was kostet das Konzept den Landkreis und die Kommunen?

Manches werde sogar günstiger, betont Landrat Schnaudigel. Er nennt Beispiele wie die Sanierungsprogramme von Gebäuden. Wer rechtzeitig handle, spare bei der CO₂-Bepreisung. Diese führe zu einem Umdenken in der Kommunalpolitik, sagt der Landkreis. Bei Investitionen könne man die Kosten und Einsparungen vergleichen. Der Landkreis legt seinen Berechnungen einen CO₂-Preis von 100 Euro pro Tonne zugrunde. „Wichtig ist, dass die Kommunalpolitik die Vorbildrolle einnimmt und vorausgeht“, ergänzt Schwegle. Dazu brauche es Partner etwa aus der Industrie und bei den Energieversorgern. Der Preis für CO₂ mache viele Projekte auf einmal wirtschaftlich.

Welche Rolle übernimmt dabei die Umwelt- und Energieagentur?

„Die Energie wird nicht eingespart durch ein Klimaschutzkonzept, sondern durch konkretes Handeln“, betont Landrat Schnaudigel. Die Aufgabe der Umwelt- und Energieagentur sei es, dieses Handeln zu planen, zu organisieren und Wissen an die Kommunen weiterzugeben. Nicht jede Gemeinde könne ein eigenes Gutachten machen oder einen Fachplaner einstellen, sagt der Landrat. Schwegle setzt auf Netzwerkarbeit. Seit 2020 kommen etwa in der Klimaschutzwerkstatt Vertreter aus 16 Kommunen und dem Landkreis zusammen. 300 Projekte wurden katalogisiert. Oft stünden die Kommunen vor denselben Themen, bilanziert die Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur. „Wir bringen alle auf ein Level und schaffen Verständnis, was per Gesetz zu tun ist, wo eine Kommune handeln kann und wo andere Akteure nötig sind.“

Welterbe-Titel für Bäderstadt?

Baden-Baden (mr). Ob Baden-Baden mit zehn weiteren „Great Spas of Europe“ den begehrten Titel eines Welterbe-Prädikats erhalten wird, wird sich im Sommer klären. Das Unesco-Welterbekomitee wird sich vom 16. bis 31. Juli virtuell treffen, um neben anderen Anträgen über die serielle und transnationale Bewerbung der elf Bäderstädte zu entscheiden. Das Komitee sollte bereits im vergangenen Jahr im chinesischen Fuzhou tagen. Die Unesco hatte diesen Termin jedoch wegen der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben. Nach Auskunft der Deutschen Unesco-Kommission hat das Gremium sich inzwischen verständigt, ein virtuelles Treffen abzuhalten.

Baden-Baden hofft auf Unesco-Prädikat

„Es war nicht zu erwarten, dass es in diesem Jahr klappen wird“, räumt Lisa Poetschki, die Leiterin der städtischen Stabsstelle Welterbe-Bewerbung und Stadtgestaltung, im BNN-Gespräch ein. Vor allem die Chinesen hätten lange versucht, das 2020 abgesagte Meeting als Präsenz-Veranstaltung in ihrem Land nachzuholen. Weil das aufgrund der Pandemie nach wie vor nicht möglich sei, habe das Unesco-Komitee beschlossen, die rund 2.000 Teilnehmer zwei Wochen lang virtuell zusammenzubringen.

„Wir fiebern darauf hin und würden uns sehr freuen, wenn das gelingt“, sagt Steffen Ratzel. Es wäre eine tolle Sache, wenn Baden-Baden sich mit dem Titel eines Unesco-Welterbes schmücken könnte, betont der Geschäftsführer der Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg (BKV). Mit ihren Liegenschaften Trinkhalle, Kurhaus, Kolonnaden und Friedrichsbad sei die BKV ein wichtiger Player bei diesem Thema. Im Falle einer Nominierung könnte Ratzel sich vorstellen, die Brunnenhalle in der Trinkhalle der Stadt anzubieten, um dort ein Besucherzentrum für das Welterbe einzurichten: „Wir glauben, dass die Trinkhalle sich dafür sehr gut eignen würde.“ Die BKV habe bei der Stadt bereits vorgefühlt. Nach dem Auszug der Tourist-Info und des Ticketsservices habe die BKV immer wieder überlegt, in der Trinkhalle ein kulturelles Angebot zu etablieren.

Hilfe kann fatale Folgen haben

Nicht immer ein Notfall: Experten warnen vor sinnlosen Tier-Rettungsaktionen

Von unserem Mitarbeiter Franz Lechner

Bretten/Gondelsheim. „Nein, ein Entlein das allein und scheinbar wasserscheu am Ufer hinter seiner Familie hersehau, muss nicht unbedingt gerettet werden, genauso wenig wie man eine Entenmama, die von 13 jungen Küken nach wenigen Tagen nur noch sieben hat, sofort mit Familie im eigenen Garten in Sicherheit bringen muss.“ Gerhard Fritz, der Ehrenvorsitzende der Brettener Nabu-Gruppe, muss regelmäßig besorgte Anrufer wegen angeblich in Not geratener Tiere beruhigen. „Viele Menschen haben heute leider wenig Ahnung von der Natur und neigen daher dazu, sie zu vernachlässigen“, sagt Fritz.

Die Folgen sind oft fatal. „Etwa 50 Prozent aller Tiere, die uns als Notfälle gemeldet oder gebracht werden, sind nicht wirklich in Not“, sagt der Biologe Thomas Köberle aus Mühlacker. Und die Corona-Pandemie könnte das noch verschlimmern, fürchten viele Fachleute. „Derzeit sind nicht nur ungewöhnlich viele Menschen in der Natur unterwegs, viele verlassen leider auch die Wege, so dass in den nächsten Wochen immer mal wieder Spaziergänger auf Jungtiere treffen werden“, fürchtet nicht nur der Gondelsheimer Jagdpächter und Leiter des

Forstbezirks Unterland, Christian Feldmann. Derzeit füllen sich nämlich die Kinderstuben in der Natur. „Wildschweine, Füchse und Hasen haben teilweise schon länger ihren Nachwuchs, aber Rehe und auch viele Vögel sind erst in den nächsten Wochen so weit“, berichten Fritz und Feldmann.

Muttertiere kommen nur kurz zum Säugen

Vor allem Rehkitze oder auch sehr junge Hasen verlassen sich in den ersten Lebenstagen völlig auf ihre gute Tarnung, das heißt, sie bleiben auf dem Boden liegen, egal was kommt. „Dazu muss man auch wissen, dass die Muttertiere ihren in den ersten Tagen geruchslosen Nachwuchs immer nur kurz zum Säugen aufsuchen“, betont Feldmann. Allein auf dem Boden liegende Kitze, Hasen oder auch Frischlinge seien also im Normalfall keinesfalls in Not, betont der Förster und fordert: „Wer jetzt auf ein im Versteck liegendes Rehkitz, auf kleine Feldhasen oder junge Wildschweine trifft, sollte sich einfach nur schnell zurückziehen, und zwar ohne das Tier zu berühren.“ Würden die Kitze nämlich von Menschen angefasst oder vielleicht sogar von einem Hund beschnuppert, sei der Geruch für ihre Mütter so unangenehm

und fremd, dass sie ihren Nachwuchs meist im Stich lassen, sagt der Gondelsheimer Jagdpächter. Nur in wirklich seltenen Notfällen, also beispielsweise, wenn Jungtiere nach dem Tod des Muttertieres suchend umherirren, ist Hilfe wirklich nötig, sind sich Fachleute einig.

Das gilt aber nicht nur für junge Säugtiere, sondern genauso für Jungvögel, die ihr Nest häufig schon lange verlassen, bevor sie fliegen können. „Wenn die jungen Vögel im Laufe der Zeit nämlich immer größer werden, wird es im Nest oft zu eng für sie“, sagt Gerhard Fritz.

Besonders betroffen von sinnlosen Rettungsaktionen sind junge Waldkäuze, die mit ihren riesigen, dunklen Babyaugen und ihrem strubbeligen Daunengefieder bei vielen Menschen den Helferinstinkt auslösen.

Allerdings gibt es natürlich auch echte Notfälle. „Wenn kleine Schwalben oder Mauersegler aus dem Nest fallen und irgendwo auf dem Boden sitzen, haben sie ohne Hilfe tatsächlich keine Chance zu überleben“, betont Fritz. Vögel, die gegen Fensterscheiben fliegen oder junge Singvögel, die längere Zeit kein Futter von den Elterntieren geliefert bekommen, sind solche Beispiele. „Bevor man eingreift, ist es aber am besten, man ruft erst jemand an, der sich mit Wildtieren auskennt“, stellt Fritz klar.



Nicht immer in Not: Junge Waldkäuze sind besonders betroffen von unnötigen Rettungsaktionen.



Nicht anfassen: Rehkitze verlassen sich auf ihre Tarnung und bleiben auf dem Boden liegen. Fotos: Franz Lechner

Es fehlt Impfstoff

Karlsruhe (BNN). Die mangelnde Versorgung mit Impfstoff stand im Mittelpunkt der jüngsten Diskussionsrunde, zu der Landrat Christoph Schnaudigel regelmäßig die Oberbürgermeister und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden einlädt. Für völliges Unverständnis sorgten die jüngsten Ankündigungen der geplanten Liefermengen. Dies hat zur Folge, dass die beiden Impffzentren in Bruchsal-Heidelsheim und Sulzfeld derzeit nur ganz wenige neue Termine vergeben können, teilte das Landratsamt mit. Die Kapazitäten von je 6.000 Impfungen pro Woche werden deutlich unterschritten. Lediglich einmal wurde diese Maximalauslastung bislang erreicht. Aktuell beläuft sich die Auslastung auf rund 50 Prozent, heißt es in der Pressemitteilung des Landratsamtes. „Hier ist noch deutlich Luft nach oben“, resümiert Landrat Schnaudigel. Gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem Landkreis appelliert er daher an Bund und Land nun endlich verlässliche Zusagen für die Impfstofflieferungen zu machen. „Wir sind es leid, so der Landrat, ständig Ankündigungen zu hören, die dann vor Ort nicht umgesetzt werden können.“

Klare Zusagen sind auch notwendig, um das im Landkreis bestens eingeführte Modell der Mobilimpfteams weiter betreiben zu können, heißt es weiter in der Mitteilung. Gerade dieser Service kommt bei der Bevölkerung sehr gut an und wurde zahlreich nachgefragt.

Radlader bohrt sich in Hausfassade

Bad Herrenalb (BNN). Böse Überraschung für einen Hausbewohner in Bad Herrenalb: Ein viereinhalb Tonnen schwerer Radlader ist am Dienstag in ein Wohnhaus gefahren. Wie die Polizei mitteilte, hat sich der Radlader aus unbekannter Ursache selbstständig gemacht und in der Folge mehrere Meter eine Böschung hinuntergerollt. Das Fahrzeug krachte gegen die Hauswand und durchschlug sie. Es entstand ein Loch mit einem Durchmesser von bis zu rund einem Meter. Verletzt wurde niemand.